

Haushaltsrede 2010 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Lüdinghausen, vorgetragen vom Fraktionsvorsitzenden Peter Mönning

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Schwarz- gelbe Koalition: Anspruch und Wirklichkeit – verpatzter Regierungsstart!

Mit diesem Aufmacher startete das Wirtschaftsmagazin „Der Steuerzahler“, das Presseorgan des Bundes der Steuerzahler, in den März 2010. Besonders erstaunlich daran ist, dass der Bund der Steuerzahler notorisch FDP-nah ist, hier also kein Gegner, von dem man es ja erwartet hätte, sondern der Vorreiter der Steuersenkungspartei eine ziemlich schonungslose Kritik an der Bundesregierung übte. Fakt ist: Trotz weiter steigender Staatsverschuldung werden immer wieder Steuersenkungen gefordert. Der im GG neu enthaltenen Schuldenbremse, die von 2011 an greifen soll und einen ausgeglichenen Haushalt ab 2016 vorschreibt, versucht man sich mit einem noch höheren Schluck aus der Schuldenflasche zu nähern – ein seltsames Spiel auf Kosten der Zukunft.

Wenn auch der Staat seine Ansprüche zurückschrauben soll und weniger Geld vom Bürger eintreiben will, so schaffen es die Regierungsparteien im Bund und im Land auf teilweise erstaunliche Weise, für ihre Parteikassen neue Einnahmequellen zu akquirieren: Anspruch und Wirklichkeit!

Dies alles läuft ab vor dem Hintergrund einer der schwierigsten Wirtschaftslagen, denen Deutschland begegnen muss. Alte Handlungsmuster, wie die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen kann, gelten nicht mehr. Hieß es früher, Steuern in Rezessionen zu senken, um im dadurch erzeugten Wirtschaftsaufschwung mit erhöhten Steuereinnahmen die Defizite zurückzahlen zu können, so ist das Rückzahlen ja eigentlich schon vor 35 Jahren eingestellt worden. Vor dem Hintergrund eines immer höheren Haushaltsdefizits, das sich durch die nötigen Zinszah-

lungen selbst verstärkt, verliert der Staat langsam, aber sicher seine schnelle Handlungsfähigkeit. Für die Hilfen in der Bankenkrise müssen wir alle nach Schätzung der Süddeutschen Zeitung noch 20 Jahre zahlen – vorausgesetzt, dass keine neue Krise hinzukommt. Ach ja, die Wirtschaft müsste jährlich um rund 9% wachsen, damit bei den Steuersenkungsplänen doch die Einnahmen die Ausgaben deckten – eine Wachstumsrate, die wir in besten Zeiten des Wirtschaftswunders kaum erreichten, und da hatten wir keine Schulden zu tilgen.

Warum erzählt er das alles, mag sich mancher fragen. Was hat das mit unserer Situation zu tun? Schließlich haben die Konjunkturprogramme uns doch einen zusätzlichen Investitionsschub gebracht! Wir sollten aber immer beachten, dass der Bund uns hier keine Geschenke macht, sondern dass wir ab 2012 12,5 % der Mittel zurückerstatten müssen, künftige Haushalte also damit belastet werden.

Wie sieht die Situation der Stadt nun aus? Ich möchte nicht alle Informationen aus dem Vorbericht des Haushaltsentwurfs zitieren, weise aber darauf hin, dass der Ergebnisplan ein Minus von fast 2,9 Mio € ausweist. Die Ausgaben übersteigen also die Einnahmen erheblich (nach alter Lesart ist der Haushalt strukturell unausgeglichen). Dabei werden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer noch recht hoch angesetzt vor dem Hintergrund allgemein verminderter Steuereinnahmen. Auch so wird von der errechneten Ausgleichsrücklage, die zu Beginn des doppelten Haushalts noch knapp 8,5 Mio € umfasste, zum Ende des Haushaltsjahres nur noch ein Restbetrag von 641.000 € übrig sein. Wie wir ohne grundlegende Änderungen im städtischen Haushalt in den kommenden Jahren an der Haushaltssicherung vorbeikommen können, ist wohl nicht nur ein Rätsel. Nur der Bürgermeister stemmt sich dieser Erkenntnis noch verbal entgegen.

Dem Finanzplan wird es noch schlechter gehen. Die liquiden Mittel, die in 2008 immerhin noch Zinsen von rund 280.000 € eingebracht haben, werden sich zum Jahresende auf Null redu-

zieren, das heißt, dass nicht nur die Einnahmen aus den Tagesgeldern entfallen, wahrscheinlich werden wir schon in diesem Jahr Kassenkredite aufnehmen müssen, was die Finanzmittelbeschaffung zusätzlich verteuern wird. Da ist es nur ein schwacher Trost, dass der offizielle Schuldenstand zum Ende des Jahres sinken soll.

Dies vor Augen, sind wir in die Haushaltsberatungen gegangen mit dem Ziel, Ausgaben, wo möglich, zu senken, ohne dass der soziale Zusammenhalt unserer städtischen Gesellschaft gefährdet würde. Viel ist es nicht gewesen, wo wir begründet noch den Rotstift ansetzen konnten. Insofern hat die Verwaltung insgesamt einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der das Bemühen um das richtige Augenmaß erkennen lässt, zumindest für das vorliegende Haushaltsjahr. Unseren Sparvorschlägen wurde von Seiten der Mehrheitsfraktionen leider nicht zugestimmt, was ihre diesbezüglichen Beteuerungen in ihrem Koalitionspapier in ein merkwürdiges Licht rückt. Selbst ihr Versprechen, bei der Sanierung der Wirtschaftswege die Anlieger angemessen zu beteiligen, war ihnen anscheinend nicht mehr präsent. Mit Taschenspielertricks versuchte die FDP dann, noch eine Einsparung von 200.000 € auszuweisen. Aber erst in einer Jahresrechnung könnte ein reales Sparziel sichtbar werden. Und da steht zu befürchten, dass wir bei einigen Haushaltsansätzen noch weitere Erhöhungen im Ausgabenbereich zu erwarten haben, und wenn diese auch nur dem kalten Winter geschuldet sind. Aber das ist die Realität, mit der wir leben müssen. Und der von Schwarz-Gelb vage angedachte und jetzt vorgelegte Plan einer summarischen Kürzung entbehrt vor dem Hintergrund schon jetzt äußerst sparsam angelegter Budgetpläne jeder nachvollziehbaren Logik. Die Mehrheitsparteien wollen sich selbst das Fell nicht nassmachen, möglichen Unmut auf die Verwaltung schieben. Dazu kommt, dass vieles gar nicht pauschal kürzbar ist, weil dem oft langfristige Verträge entgegenstehen.

Beachtlich ist vor dem Hintergrund der problematischen Konjunkturentwicklung sicherlich der enorme Ansatz für Baumaßnahmen, der allerdings ohne die Mittel des Konjunkturpaketes II

nicht möglich gewesen wäre. Deshalb war es besonders wichtig, dass die Investitionen zukunftsfähig genutzt wurden, am besten in der Kombination von Bildung und Energieeffizienz. Zu großen Teilen ist das auch richtig umgesetzt worden.

Dabei sind die Investitionen in den Schulbereich besonders zu loben, wobei mit der Erweiterung der Mariengrundschole ein lange vor sich hergeschobenes Projekt jetzt endlich verwirklicht wird und die Pavillons der Vergangenheit angehören werden. Auch beim St. Antonius-Gymnasium wird ein jahrzehntelanges Defizit endlich beseitigt, während die Baumaßnahmen, die im Haushaltsentwurf der Realschule zugeordnet werden, auch der Hauptschule zugute kommen. Hier wird der veränderten Bildungslandschaft Rechnung getragen, die eine Betreuung der Schulkinder auch am Nachmittag vorsieht und dafür die Voraussetzungen in Form eines Mittagessensangebots in einer eigenen Mensa schafft.

Der Endausbau einiger Straßen(z.B. Stadtfeld II) schlägt ebenfalls heftig zu Buche, wobei am Beispiel Stadtfeld II gezeigt werden kann, dass die Anlieger ihren eigenen Erschließungsbeitrag schon längst gezahlt haben. Das ist bei den Wirtschaftswegen ganz anders. Insgesamt stehen im Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 rund 640.000 € für Wirtschaftswege bereit, rund 10% des gesamten Baumaßnahmenansatzes. Hier liegt allerdings keine Beteiligung der Anlieger vor, obwohl erkennbar die Wirtschaftlichkeit dieser Wege verbessert werden soll, ein Argument, das im Innenbereich regelmäßig zur Heranziehung von KAG-Beiträgen führt. Wir haben den Eindruck, dass diese Maßnahmen im großen Maßstab noch durchgezogen werden sollen, bevor auch im Außenbereich die Kostenbeteiligung der Anlieger durchgesetzt werden muss. Gerade die CDU spielt hier eine unrühmliche Rolle, die in ihrem Koalitionspapier von einer Beteiligung des Außenbereiches an den Kosten der Wirtschaftswege spricht, bei einem Antrag auf Anbringen eines Sperrvermerks, der erst die rechtliche Klärung der Problematik fordert, davon aber nichts mehr wissen will.

Manche der Baumaßnahmen belasten auch schon den Haushalt des Jahres 2011, deshalb müssen wir vor dem Einstieg in neue Projekte vorsichtig sein. Was können wir uns in den nächsten Jahren eigentlich leisten? Bei Addition der für 2011 geplanten Baumaßnahmen steht die stolze Summe von 5,4 Mio € zu Buche, ein großer Teil davon muss allein aus dem städtischen Haushalt erwirtschaftet werden. Wie soll das geschehen, wenn wir schon am Ende des Jahres 2010 alle Reserven aufgebraucht haben?

Dabei reicht eine kleine Reise mit dem Fahrrad durch die Stadt, um den enormen Investitionsbedarf zu erkennen – und das bei Baustellen, die noch nicht einmal im Haushalt vorgesehen sind. Denn natürlich muss in das, was vorhanden ist, auch investiert werden. Das zeigt uns der NKF-Haushalt überdeutlich an der Höhe der Abschreibungen, das zeigen uns aber auch die Schlaglöcher und Fahrbahnrisse, an denen die Krümelkolonne immer wieder scheitert. Ich kann bei meinem eigenen Haus die Risse immer wieder durch Farbe übertünchen, das mag meinem Konto lange Zeit helfen. Ich riskiere aber auch damit, dass mir irgendwann das Dach auf den Kopf fällt. Um im Bilde zu bleiben: Kann ich mir dann noch ein Gartenhäuschen leisten, wenn die Dachpfannen locker sind?

In dieser Situation befindet sich unsere Stadt an vielen Stellen. Vor allen neuen Großprojekten muss der Finanzierungsvorbehalt stehen, wenn ich nicht auf andere Weise legal an Geld kommen kann. Das betrifft das Hallenbad, das betrifft die neue Leistungssporthalle, das betrifft die Pflasterung des Marktplatzes, das betrifft das Projekt „Stadt macht Platz“ in der Borg und manch andere Ansätze, die im Haushaltsentwurf stehen.

Der Kämmerer rechnet uns vor, dass wir vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2012 rund 12,8 Mio € Eigenkapital verlieren. Wir leben von der Substanz und verzehren sie zum Teil schon. Was überlassen wir unseren Kindern? Sollte es nicht so sein, dass wir – in einer der reichsten Epochen deutscher Geschichte – diese Substanz zumindest erhalten? Und wird uns jemand helfen, wie der Haushaltsansatz von Bürgermeister und Mehrheitsfraktio-

nen anscheinend glaubt, oder müssen wir uns selbst um die Zukunft sorgen?

Nehmen wir den Kreis als erste Instanz! Natürlich, er würde uns schon helfen, wenn er die Kreisumlage senken würde. Aber ist das realistisch? Natürlich muss der Kreis nicht Kreisstraßen finanzieren, die erwiesenermaßen überflüssig sind. Und er kann die Jagdsteuer wieder einführen, um auch eigene Einnahmen zu erreichen. Aber auch der Kreis bewegt sich in Sachzwängen, die seine Möglichkeiten einengen. Hinzu kommt noch die Landschaftsverbandsumlage, die auch der Kreis für gemeinschaftliche Aufgaben vor allem sozialer und kultureller Art zahlen muss. Ob die Übernahme von Kreisaufgaben wie Bauordnungsamt oder Jugendamt die Stadt finanziell entlasten würde oder zusätzliche Risiken in den Haushalt einbauen würde, ist noch nicht geklärt.

Das Land! Von den zu erwartenden Steuereinnahmen im Steuerverbund wird das Land nicht mehr als den Pflichtanteil herausrücken, denn das Land ist eigentlich noch mehr pleite als unsere Kommune. Und der Anteil am Steuerverbund wird mit sinkenden Steuereinnahmen weiter sinken, sodass wir vom Land in Zukunft noch weniger zu erwarten haben. Wenn die Landesregierung jetzt den Bund ermahnt, der Not von Ländern und Kommunen mehr Aufmerksamkeit zu schenken, dann ist dies wohl vor allem dem Landtagswahlkampf geschuldet. Denn überall vor unseren Augen „regiert“ Schwarz-Gelb und verheddert sich in Klientelpolitik a la Hotelsteuerreduzierung. Und mit der Deckelung von Zuschüssen z.B. für die Schaffung von U3-Kinderbetreuungsplätzen sorgte die Landesregierung ja noch in der letzten Woche im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales für einige Irritation im schwarz-gelben Milieu.

Bleibt der Bund: Die fulminante Schuldenpolitik der Jahre 2009/2010 mag zum Teil der konjunkturellen Lage geschuldet sein, sie hat aber Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens der nächsten Jahre, auch auf uns. Denn diese Schulden müssen zuerst einmal reduziert werden (Schuldenbremse des GG), sollten irgendwann einmal auch zurückgezahlt

werden. Wenn wir bedenken, dass die Staatsverschuldung dieses Jahr eine Höhe von 1,7 Billionen € erreicht, dann ist absehbar, dass auf Hilfe von oben nicht zu hoffen ist. Im Gegenteil: Durch Steuersenkungen des Bundes in den Jahren 2009/2010 gehen uns Kommunen jetzt schon 4,5 Mrd € aus Zeiten der Großen Koalition, 1,6 Mrd € aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und aus weiteren geplanten Steuererleichterungen vor allem für Unternehmer geschätzt mindestens 4 Mrd € verloren. Hinzu kommt eine Reduzierung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger, die die Kommunen weitere 1,8 Mrd € kosten wird. Dies hat im Übrigen zur Folge, dass auch vor Ort, in Lüdinghausen, das soziale Gewissen merklich nachlässt. Auf Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt fördert Lüdinghausen nicht mehr den Sozialen Wohnungsbau – es könnten ja zusätzliche Hartz IV-Empfänger nach Lüdinghausen ziehen. Damit nicht genug, fordert eine der Regierungsparteien vehement weitere Steuererleichterungen, was natürlich (nach Einschätzung fast aller Sachverständigen) zur Folge hat, dass entweder der Schuldenberg weiter steigen wird oder Leistungen, auch Transferleistungen an die Kommunen zum Ausgleich für vom Bund angeordnete Aufgaben, gekürzt werden.

Wir müssen uns also selbst helfen! Und wenn wir die Ausgaben nicht weiter kürzen können, ohne an die Substanz zu gehen, wenn wir zumindest den Mindeststandard einer lebens- und lebenswerten Gemeinde erfüllen wollen, dann müssen wir auch an die Einnahmeseite denken. Und da ist es natürlich ein Unding, wenn auf Seite 30 des Vorberichts in der Zusammenfassung und im Ausblick als 4. Punkt schlicht steht: Die Steuersätze bleiben unverändert.

Unsere feste Überzeugung ist dazu folgende: Auf Dauer können wir nicht von der Substanz leben. Wir müssen die Werte erhalten, auf die es uns ankommt. Wenn wir neue Werte schaffen, müssen wir wissen, wie wir sie finanzieren und auf Dauer unterhalten. Wir können nicht die Entscheidungen, die wir selbst fällen, in ihren finanziellen Auswirkungen auf kommende Genera-

tionen übertragen. Wir müssen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch sagen können: Wenn ihr das wünscht, dann müsst ihr auch dazu beitragen, und zwar jetzt!

Als eigene Steuereinnahmen stehen uns neben den eher kleinen Steuern wie Hundesteuer, Vergnügungssteuer und Zweitwohnungssteuer die Grundsteuern A und B und die Gewerbesteuer mit einer gewissen Gestaltungshoheit zur Verfügung. Dazu kommt die Einnahme aus der Verzinsung des Eigenkapitals des Abwasserwerks. Das sind unsere Möglichkeiten, jetzt und in Zukunft unsere Stadt selbstbestimmt am Leben zu erhalten. Und wenn man diese Möglichkeiten von vornherein kategorisch ausschließt, dabei aber mit einem trotztigen „Weiter so!“ sehenden Auges ins Unglück rennt, dann können wir dem nicht zustimmen.

Die Fraktion von Bündnis 90/ Die GRÜNEN im Rat der Stadt Lüdinghausen lehnt den Haushaltsentwurf in der vorliegenden Form ab.

(Es gilt das gesprochene Wort!)